

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

79. Sitzung

von Mittwoch, dem 18. August, bis Sonntag, 22. August 2004,  
in Riga, Klaipeda, Kurische Nehrung und Kaliningrad

**Anwesende Abgeordnete**

Roswitha Strauß (CDU)

Vorsitzende

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

i.V. von Joachim Wagner

Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:****Informationsreise nach Riga, Klaipeda und Kaliningrad zu den Themenstellungen**

1. Verkehrsverbindungen
2. Hafenwirtschaft/maritime Infrastruktur
3. Technologieaustausch
4. Entwicklungen auf dem Bankensektor
5. Wirtschaftsbeziehungen nach der EU-Osterweiterung
6. Energieversorgung
7. Ostseekooperation/Wirtschaftskontakte

**Mittwoch, 18. August 2004**

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet die Sitzung um 9 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

9:40 Uhr                      Flug nach Riga

12:30 Uhr                     Ankunft in Riga

Der Ständige Vertreter des deutschen Botschafters in Lettland, Herr Dr. Ruthe, gibt den Ausschussmitgliedern einen Überblick über die politische und wirtschaftliche Situation des Landes.

Im Anschluss daran nehmen die Ausschussmitglieder an einem Treffen mit Vertretern der deutschen Wirtschaft in Lettland teil und tauschen Erfahrungen im gegenseitigen Handel zwischen deutschen und lettischen Unternehmen aus. Dabei steht vor allem die Situation nach dem Beitritt Lettlands zur Europäischen Union im Vordergrund.

**Donnerstag, 19. August 2004**

Ab 9 Uhr führte der Ausschuss im Wirtschaftsministerium Lettlands ein Informationsgespräch mit Unterstaatssekretärin Liepina. Die lettische Seite stellte dabei die wirtschaftliche Lage Lettlands vor und wies sowohl auf die stabile Wirtschaftssituation Lettlands hin, zeigte aber auch Problembereiche wie Armut, steigende Inflation, hohes Leistungsbilanzdefizit und hohe Arbeitslosigkeit auf. Wirtschaftspolitisches Ziel für die Zukunft seien die Angleichung des Bruttosozialprodukts an den EU-Durchschnitt innerhalb von 20 bis 30 Jahren sowie der Übergang von traditionellen Industriezweigen zu technologie- und wissensbasierten Wirtschaftssektoren.

Dem schloss sich in der Saeima ein Treffen mit Abgeordneten des Ausschusses für Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Regional- und Umweltpolitik an. Der stellv. Ausschussvorsitzende Kalvatis verwies dabei auf das belastete Verhältnis zwischen Lettland und Russland, das sich auch im Wirtschaftsbereich widerspiegele. Hierzu gehörten sowohl Handelserschwernisse als auch zum Beispiel das Erfordernis von Lebensmittelzertifikaten sowie politisch motivierte Maßnahmen wie die Trockenlegung der Ölpipeline nach Ventspils. Bezüglich der Zukunft der lettisch-russischen Beziehungen äußerten sich die Mitglieder dieses Ausschusses der Saeima wenig optimistisch. Zum Energiesektor wurde der Anstieg der Preise nach dem EU-Beitritt

angesprochen. Zurzeit produzierten die baltischen Staaten einen Energieüberschuss, allerdings könne sich das bei Abschaltung von Blöcken des Kernkraftwerkes Ignalina in Litauen ändern. Auch das Thema erneuerbare Energien wurde diskutiert. Der Anteil der Wasserkraft sei in Lettland außergewöhnlich hoch, während andere regenerative Energien nur in einem sehr geringen Maße genutzt würden. Wirtschaftlich rechneten sich die erneuerbaren Energien in Lettland nicht.

Ebenso wie im Wirtschaftsministerium wurde von den Abgeordneten des Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Regional- und Umweltausschusses auf das aktuelle Problem der steigenden Inflation hingewiesen. Die Abgeordneten betonten ebenfalls die Notwendigkeit der Konzentration auf wissensbasierte Wirtschaftssektoren vor dem Hintergrund rasch ansteigender Lohnkosten und dem guten Ausbildungsstand der lettischen Bevölkerung. Die Landwirtschaft profitiere vom EU-Beitritt. Problematisch sei die noch fehlende Kapital- und Technikausstattung der lettischen Landwirte.

Im Rahmen einer gemeinsamen Mittagessens mit Vertretern der HSH Nordbank wurde den Ausschussmitgliedern die neue Repräsentanz in Riga vorgestellt. Dabei betonten die Repräsentanten der Bank die damit geschaffene Möglichkeit des unmittelbaren Zugangs zum baltischen Markt, der durch den EU-Beitritt Estlands, Lettlands und Litauens sehr interessant sei. Die neue Repräsentanz in Riga werde sowohl deutsche Kunden in Lettland begleiten als auch bereits bestehende Kundenbeziehungen im Baltikum weiter ausbauen.

Am Nachmittag besuchte der Ausschuss das lettische Verkehrsministerium. Staatssekretär Legzdins präsentierte anhand eines PowerPoint-Vortrages die Situation des Verkehrs- und Transportwesens in Lettland. Ziel aller Aktivitäten sei die Einbindung Lettlands in einen europäischen Verkehrsverbund. Die drei größten Projekte, die vor allem mittels EU-Hilfen realisiert werden sollten, seien die Straßenverbindung „Via Baltica“, die „Rail Baltica“ und der Ausbau der „Motorways of the sea“. Daneben stünden in Lettland der Ausbau der Ost-West-Verbindungen (Straße und Eisenbahn), der Brückenbau über die Daugava, der Ausbau der Häfen, des Rigaer Flughafens, der Straßen in ländlichen Gebieten, die Sicherheit der Seefahrt (EU-Twinning-Projekt), der Ausbau grenzüberschreitender Infrastruktur und kombinierter Transportwege auf der Agenda.

In der folgenden Diskussion unterstützte die lettische Seite auf Nachfragen der Ausschussmitglieder die Forderung Deutschlands nach der Pflicht des Einsatzes von Doppelhüllentanker im Ostseeraum. Bezüglich der Frage der Lotsenpflicht wurde betont, dass eine solche Regelung von allen Ostseestaaten gemeinsam - also auch von Russland - eingeführt werden müsse, da den baltischen Häfen sonst Wettbewerbsnachteile entstünden. Abschließend wurde die Bau-

wirtschaft thematisiert, zu der die lettische Seite deutlich machte, dass ausländische Unternehmen - vor allem auch aus Schleswig-Holstein - in Lettland hoch willkommen wären. Investitionen von deutscher Seite seien hier im Vergleich zu den skandinavischen Staaten noch gering.

Im Büro der Deutsch-Baltischen Auslandshandelskammer verwies der Leiter, Herr Dr. Tischer, darauf, dass die drei Delegiertenbüros der deutschen Wirtschaft in den baltischen Staaten beim Einstieg in diese Märkte Hilfestellung leisteten. Durch die regionale Präsenz in Tallinn, Riga und Vilnius sei eine effiziente Vertretung von Geschäftsinteressen möglich. Im Serviceverbund werde der Weg für einen direkten Marktzugang in einen der baltischen Märkte oder sukzessive in alle drei Märkte geebnet. Neben der Bereitstellung von Marktinformationen seien es vor allem die individuelle Vermittlung und die Vorbereitung von Gesprächskontakten, inklusive der Betreuung vor Ort, die interessierten deutschen Unternehmern den ersten Schritt in diese Märkte erleichtere.

Ein vom Ständigen Vertreter des Botschafters in Lettland gegebener Empfang bildete den Abschluss dieses Sitzungsabschnittes.

### **Freitag, 20. August 2004**

Der Ausschuss setzte seinen Informationsbesuch mit einer Fahrt nach Klaipeda fort. In Klaipeda informierten Vertreter der Staatlichen Hafendirektion über den Status und die weitere Entwicklung dieses wichtigsten Seehafens Litauens mit Fährverbindungen in den gesamten Ostseeraum, unter anderem nach Kiel. Der Zugang zur Ostsee und gute Verbindungen über Land machten Litauen zu einer wichtigen Transportachse zwischen Ost und West sowie Nord und Süd. So würden im Hafen Klaipeda zurzeit Schiffe aus und nach Russland, Kasachstan, Deutschland, die Niederlande, USA, Südamerika und Asien be- und entladen. Die EU-Kommission habe Litauen als regionalen Verkehrsknotenpunkt eingestuft, in dem sich zwei der zehn prioritären europäischen Transportkorridore kreuzten.

Dem schloss sich im Rahmen eines gemeinsamen Mittagessens ein Gesprächstermin mit Vertretern des Unternehmens Scandlines an.

Nach einer Fahrt über die Kurische Nehrung und dem Übertritt des Grenzüberganges zur Russischen Föderation setzte der Ausschuss seine Reise nach Kaliningrad fort.

### **Samstag, 21. August 2004**

In Anwesenheit des Vorsitzenden der Kaliningrad Oblast Duma, Herrn Nikitin, erfuhren die Ausschussmitglieder im Gespräch mit Abgeordneten des Duma-Ausschusses für die Entwicklung der Sonderwirtschaftszone im Oblast Kaliningrad - hier besonders durch den Ausschussvorsitzenden Kozlov - Einzelheiten über die Entwicklung der Exklave Kaliningrad der Russischen Föderation und die Auswirkungen des EU-Beitritts der baltischen Staaten auf das Kaliningrader Gebiet. Herr Kozlov bezifferte den Verlust Kaliningrads durch den noch nicht erfolgten Beitritt auf 350 Millionen \$ im Jahr 2004, was einer Minderung des Bruttoinlandsproduktes von etwa 18 % entspreche. Sowohl die EU als auch das Föderale Zentrum in Moskau hätten Anteil an dieser negativen Entwicklung. Dieser Verlust resultiere zum Beispiel aus der Zahlung von Zollgebühren, der Erstellung von Herkunftszertifikaten für jede einzelne Warenpartie, längere Transportzeiten für ein- oder ausgeführte Waren über die Grenze, Visa- und Reisepassformalitäten, einschließlich begrenzter Dauer von Aufenthaltsgenehmigungen, und der vom Föderalen Zentrum in Moskau verlangten Umrüstung von Speditionswagen. Die weißrussischen und litauischen Zollbehörden reagierten zudem offensichtlich willkürlich beim Durchlassen der Waren, sodass die Transporte in den Absatzmarkt Russland erschwert und den Unternehmen hohe Liquiditätsverluste zugefügt würden. Allein beim Eisenbahntransport mache der Rückgang heute etwa 50 % aus.

Herr Kozlov erklärte, Ziel müsse es sein, den Lebensstandard der Bevölkerung im Kaliningrader Gebiet den Standards der anderen Gebiete anzugleichen. Man lebe unter Rechtsregelungen, die für alle Rechtssubjekte der Russischen Föderation Geltung hätten, obwohl sich Kaliningrad in einer anderen Situation befinde. Eine Lösung werde hier über das Modell einer Sonderwirtschaftszone gesucht. Bemühungen der Gebietsduma gegenüber dem Präsidentin der Russischen Föderation hätten das Ziel, über ein Gesetz über die ausländischen Territorien der Russischen Föderation zu einer Verfassungsänderung und zu einer Änderung der Außenbeziehungen zu kommen. Mehr Unabhängigkeit von der Zentralregierung in Moskau könne es ermöglichen, die wirtschaftliche Freiheit des Gebietes breiter zu gestalten und staatliche Kontrollmechanismen seitens der Russischen Föderation zurückzudrängen. Eine Verbesserung der Investitionsbedingungen im Kaliningrader Gebiet könne auch durch eine Begleitung des Investitionsprozesses durch westliche Banken und Leasingunternehmen erreicht werden. Schon jetzt leiste hier die in Berlin von Unternehmensvertretern aus Deutschland, Estland, Lettland und Litauen gegründete Deutsch-Baltische Handelskammer (AHK) als Ansprechpartner positive Beiträge.

Im Rahmen eines gemeinsamen Essens am Nachmittag dieses Sitzungstages vertieften die Ausschussmitglieder im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Gebietsduma, Herrn Nikitin, ihre Eindrücke von der besonderen Situation im Kaliningrader Gebiet.

### **Sonntag, 22. August 2004**

Nach einer Stadtrundfahrt in Kaliningrad und einer Schiffsfahrt durch das Hafengebiet traten die Ausschussmitglieder den Rückflug nach Hamburg an. Dort beendete die Vorsitzende, Abg. Strauß, die Sitzung um 18 Uhr.

gez. Roswitha Strauß

Vorsitzende

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer